

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 1

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
000000 Allgemeine Anträge 0000000000 Allgemeine Anträge/Positionen 5 Aufwendungen Ansatz 2010: Amt: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Ansatz 2013: Antrag Nr. 19					0 0											
		Dafür:	Dafür:	Dafür:	1	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
		Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	12	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
		Enth.:	Enth.:	Enth.:	-	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre unbekannt

Antrag der dUH-Fraktion:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit eine interkommunale Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen "Bücherei", "Musikschule" und "TUIV" möglich ist. Jedenfalls ist zu prüfen, ob jeweils dezentrale Verwaltungseinheiten erforderlich sind.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

siehe Anlage zu dieser Liste.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 4; Dagegen = 17; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 2

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
000000 Allgemeine Anträge 0000000000 Allgemeine Anträge/Positionen 50 Personalaufwand Ansatz 2010: Amt: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Ansatz 2013: Antrag Nr. 22neu, 49			0 0	0 0				
	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: 1 Dagegen: 6 Enth.: 1	Dafür: 2 Dagegen: 6 Enth.: 0	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre unbekannt

Antrag der dUH-Fraktion:

Die nächsten 35 freiwerdenden Stellen werden nicht wieder besetzt.

Am 25.02.2010 hat die dUH ihren Antrag wie folgt modifiziert:

Die nächsten 35 freiwerdenden Stellen werden im Stellenplan gestrichen, sofern nicht der Haupt- und Finanzausschuss auf jeweils begründeten Antrag der Verwaltung die Beibehaltung der Stelle beschliesst.

Antrag der FDP-Fraktion:

Im Stellenplan sind zukünftig 1,5 % der ausgewiesenen Stellen abzubauen. Dies betrifft alle Bereich der Verwaltung, ausgenommen die Produkte zu Bildung, Sport und Kultur. Es besteht weiterhin die Notwendigkeit Personalkosten einzusparen. Dazu ist es notwendig, eine Verschlinkung der Verwaltung voran zu treiben. Durch die verstärkte Unterstützung der Beschäftigten auf technischem Gebiet sind in vielen Bereichen Einsparkapazitäten vorhanden.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion inkl. der Modifizierung vom 25.02.2010:

siehe Anlage zu dieser Liste.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss zum Antrag der dUH: Dafür = 6; Dagegen = 15; Enthaltungen = 0

Der Antrag der FDP wurde im Haupt- und Finanzausschuss zurück gezogen.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 3

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
000000 Allgemeine Anträge 0000000000 Allgemeine Anträge/Positionen 5 Aufwendungen Ansatz 2010: 0,00 Amt: Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr. B06							0 0	
Dafür: Dafür: Dafür: Dafür: Dafür: Dafür: Dafür: Dafür: Dagegen: Dagegen: Dagegen: Dagegen: Dagegen: Dagegen: Dagegen: Dagegen: Enth.: Enth.: Enth.: Enth.: Enth.: Enth.: Enth.:								

Änderung Folgejahre -

Antrag/Änderungsvorschlag im Rahmen des Kommunalen Bürgerhaushalts:

Keine aufwendigen und kostenträchtigen Gutachten in Auftrag geben. Ich glaube fest an die Kenntnisse und den Willen unserer Politiker vieles selbst auf den Weg zu bringen. Absurd finde ich es, ein Gutachten in Auftrag zu geben: " Wie und wo man etwas einsparen kann." Dieses Geld könnte der Grundstock für alle Einsparungen sein.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 4

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
010201 Dienste der Verwaltungsführung und Reprä- 0102019010 Vorkostentr.Dienste der Verwaltungsführung u. 529100 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen Ansatz 2010: 0,00 Amt: 01 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr. 02, 50		0 0							100.000 100.000							
		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre 2011 - 2013: keine Änderungen

Antrag der BA-Fraktion:

Konsolidierung des Haushalts unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte und mit Beauftragung eines unabhängigen Gutachters.
 Weitere Ausführungen sind dem Antrag Nr. 2 zu entnehmen.

Antrag der CDU-Fraktion:

Zur langfristigen Konsolidierung des Haushaltes wird ein externer Gutachter zur nachhaltigen Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des kommunalen Haushalts beauftragt:

1. Die Organisationsstruktur der Verwaltung zu untersuchen.
2. Den Umfang und die Ausgestaltung der freiwilligen kommunalen Leistungen, insbesondere in den Bereichen "Kultur", "Sport", "Kinder- und Jugend" und "Wirtschaftsförderung" zu untersuchen. Zur Begleitung der Untersuchung wird eine Steuerungsgruppe eingerichtet, die aus je einem Vertreter der im Rat vertretenen Fraktionen und dem Verwaltungsvorstand besteht.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 15; Dagegen = 6; Enthaltungen = 0 (Es wurde über beide Anträge zusammen abgestimmt)

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 5

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
010201 Dienste der Verwaltungsführung und Reprä-		57.000										50.000				
0102019010 Vorkostentr.Dienste der Verwaltungsführung u.		57.000										50.000				
539100 Sonstige Transferaufwendungen																
Ansatz 2010:		0,00														
Amt: 01																
Ansatz 2011:		0,00														
Ansatz 2012:		0,00														
Ansatz 2013:		0,00														
Antrag Nr. 51																

Änderung Folgejahre 2011-2013: keine Änderung

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: Die Stadt Hilden spendet dem Verein Haiti Med e.V. 50.000 € für den Wiederaufbau seiner zwei durch das Erdbeben zerstörten Gesundheitszentren. "Das Erdbeben auf Haiti hat viel Zerstörung und Leid über den kleinen Inselstaat gebracht, deren Bevölkerung auch vorher schon auf Unterstützung angewiesen war. Der Verein Haiti Med e.V. betreibt seit Jahren auf der Insel drei Gesundheitszentren, von denen zwei durch das Erdbeben zerstört worden sind. Durch eine Spende an Haiti Med wird eine projektbezogene Unterstützung gewährleistet. <http://www.haiti-med.org>.

Der Antrag wurde im Paten- und Partnerschaftsausschuss am 25.01.2010 gestellt und ein fast gleichlautender zu den Haushaltsplanberatungen (Nr. 51).

Antrag der CDU-Fraktion: Die CDU hat den als Anlage beigefügten Antrag für die Ratssitzung am 17. März gestellt. Damit im Rahmen der Haushaltsplanung 2010 hierüber auch abgestimmt und der Betrag ggfl. auch etatisiert werden kann, wurde einvernehmlich besprochen, ihn in die Änderungsliste aufzunehmen.

Erläuterungen zu den beiden Anträgen: Grundsätzlich ist das Handeln der Gemeinden auf Angelegenheiten des örtlichen Wirkungskreises beschränkt. Dazu zählen solche Aufgaben, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder die auf die örtliche Gemeinschaft einen spezifischen Bezug haben und von ihr eigenverantwortlich und selbständig bewältigt werden können. Kommunale Aktivitäten auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe müssen diesen engen Voraussetzungen entsprechen. Der notwendige Bezug zum örtlichen Wirkungskreis gilt als dann gegeben, wenn zu der Gemeinde oder Einrichtung im Entwicklungsland ein verfestigter Kontakt, z. B. eine Partnerschaft, Patenschaft oder dergleichen, besteht. Eine pauschale Bereitstellung von Haushaltsmitteln als Spende an eine Hilfsorganisation zur Förderung eines beliebigen Hilfsprojektes ist wegen des fehlenden Bezuges zum kommunalen Wirkungskreis nicht zulässig. Der Verein Haiti-Med e. V. ist in Hilden ansässig (der kommunale Bezug ist damit gegeben) und hat schon in der Vergangenheit Mittel aus Zuweisungen des Landes für die Entwicklungszusammenarbeit erhalten. Weitere in Hilden ansässige Organisationen sind nicht bekannt.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 17; Dagegen = 4; Enthaltungen = 0

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Betrag aus ihren Antrag auf 57.000,00 € aufgestockt, so daß über beide Anträge zusammen abgestimmt werden konnte.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 6

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
010401 Personal- und Schwerbehindertenvertretung 0104011000 Beschäftigtenvertretung 5 Aufwendungen Ansatz 2010: 0,00 Amt: 10 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr. B08							1 1	
	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2011-2013:

Antrag/Änderungsvorschlag im Rahmen des Kommunalen Bürgerhaushalts:

Wie in der privaten Wirtschaft sollen Betriebsausflüge nur außerhalb der Dienstzeiten veranstaltet werden und auf eigene Kosten.

Hinweis der Verwaltung zur Anregung des Bürgers:

Die Durchführung und Finanzierung des Betriebsausfluges ist Gegenstand eines Vereins, der von Verwaltung und Personalrat 1949 gegründet wurde, "um unter den Belegschaftsmitgliedern das kollegiale Zusammengehörigkeitsgefühl durch Abhaltung von Gemeinschaftsveranstaltungen zu fördern und die Finanzierung dieser Veranstaltungen sicherzustellen." Mitglieder sind die Verwaltung und Beschäftigte, die dem Verein beitreten. Die Verwaltung gewährt für die Teilnehmer am Betriebsausflug Dienstbefreiung, alle Nichtteilnehmer müssen arbeiten bzw. Urlaub nehmen.

Der Beitrag der Stadtverwaltung entspricht dem Gesamtbetrag der Mitgliederbeiträge und liegt zurzeit bei rd. 5.000 Euro.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 0; Dagegen = 17; Enthaltungen = 4

Es wurde jedoch beschlossen, daß die Verwaltung zu diesem Thema einen Sachstandsbericht im nächsten Personalausschuss fertigt.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 7

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
010605 0106059020 Vorkostentr. Kfz-Unterhaltung 542300 Leasing Ansatz 2010: 17.000,00 Amt: 68 Ansatz 2011: 18.000,00 Ansatz 2012: 18.000,00 Ansatz 2013: 18.000,00 Antrag Nr. B07													1 17.001			
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre 2011-2013:

Antrag/Änderungsvorschlag im Rahmen des Kommunalen Bürgerhaushalts:

Fahrzeuge, insbesondere PKW, nicht mehr kaufen sondern leasen (evtl. im Pool mit anderen Städten des Kreises). Als Beispiel sehe ich hier die Fahrzeugflotte der Polizei NRW.

Hinweis der Verwaltung zur Anregung des Bürgers:

Bereits im Jahre 2004 wurde auf Initiative des zuständigen Fachamtes verwaltungsintern geprüft, ob das Leasen im Vergleich zum Kauf von Fahrzeugen für die Verwaltung wirtschaftlicher ist. Vom Amt für Finanzservice wurde seinerzeit festgestellt, dass das Leasen von Fahrzeugen im Vergleich zum Kauf von Fahrzeugen je nach Sachlage unwirtschaftlicher ist. Diese Aussage wurde damals vom Innenministerium bestätigt. Das Leasing der Fahrzeugflotte der Polizei erfolgte aus finanztechnischen (Kreditlinie) und nicht wirtschaftlichen Gründen. Bei jeder Fahrzeugbeschaffung, wo ein Leasing Sinn macht, wird vorab eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt. Zwei Fahrzeuge im städtischen Fuhrpark sind bereits geleast.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 0; Dagegen = Einst.; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 8

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
010804 Personalservice 0108049010 Vorkostentr.Personalservice 50 Personalaufwand Ansatz 2010: Ansatz 2011: Ansatz 2012: Ansatz 2013: Antrag Nr. 23	Amt: 10 Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	0 0 einst. - -					

Änderung Folgejahre

Antrag der dUH-Fraktion:

Im Produkt 010804 wird der unbesetzte 0,43-Stellenanteil im Bereich Personalservice gestrichen. Im Bereich Personalmanagement und -service (Produkte 010801 und 010804) sind 21,71 Stellen vorgesehen. Kein Unternehmen mit etwa 700 Beschäftigten leistet sich eine solche Personalverwaltung. Da derzeit ein Anteil im Volumen von 0,43 Stellen unbesetzt ist, kann sofort die Streichung dieses Anteils erfolgen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Die derzeit nicht besetzte Stelle (0,43 VZK) im Sachgebiet Personalservice könnte entfallen, da durch Aufgabenverdichtung bei den übrigen Mitarbeiter/innen die Tätigkeiten übernommen wurden.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = Einst.; Dagegen = 0; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 9

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
011001 Technikunterstützte Informationsverarbeitung 0110019010 Vorkostentr. Verwaltung IT Allgemein 5 Aufwendungen Ansatz 2010: Amt: 10 Ansatz 2011: Ansatz 2012: Ansatz 2013: Antrag Nr. 03					0 0			
	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre -

Antrag der BA-Fraktion: Der Rat fordert die Verwaltung auf, einen Entwurf für ein integriertes Datenschutzkonzept zu erarbeiten. Zielsetzung sollte eine Zertifizierung der Datensicherheit und des Datenschutzes bei der Stadt sein. Weitere Begründungen siehe Antrag.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion: Sowohl Datenschutz wie auch Datensicherheit stellen wichtige Ziele der technikunterstützten Informationsverarbeitung der Stadt Hilden dar. Der Bereich Informationstechnologie der Stadt Hilden" ist in der Zeit vom 13.08.2009 bis 14.10.2009 einer überörtlichen Prüfung der Gemeindeprüfungsanstalt unterzogen worden. Es ist geplant, den Prüfungsbericht zum nächsten Rechnungsprüfungsausschuss am 12.04.2010 vorzulegen. Bestandteile der überörtlichen Prüfung waren Kosten / Wirtschaftlichkeit, Organisation und Steuerung, Infrastruktur und Sicherheit sowie Datenschutz. Die zum Themenkomplex Infrastruktur und Sicherheit sowie Datenschutz im Überblick des Prüfungsberichtes getroffenen Feststellungen lauten: "Die Standortbestimmung in Hilden zeigt, dass die von der Stadt vollständig in Eigenregie betriebene IT-Infrastruktur technisch funktional ist und im interkommunalen Vergleich der bisher untersuchten Kommunen derzeit einen Spitzenplatz einnimmt. Mit den aktuellen Entwicklungen im Bereich des Sicherheitsmanagements und der Notfallvorsorge hat die Stadt Hilden sogar das Potenzial zu einem "Best Practice". Der zentrale Serverraum der Stadt Hilden (Kellergeschoss) ist sehr funktional und unter Sicherheitsaspekten im interkommunalen Vergleich, auf einem auffallend hohen Niveau. Der Sicherheitsleitlinien stellen ein sehr positives und nachahmenswertes Beispiel dar. In diesem Zusammenhang ist die Orientierung der IT am Grundschriftzhandbuch des BSI der richtige Weg. Das Ziel, eine Arbeitsgruppe zum IT- Sicherheitsmanagement einzurichten, stellt ein weiteres positives Beispiel zur Erreichung der Sicherheitsziele dar." Die Einhaltung aller datenschutzrechtlichen Vorgaben wird neben dem Datenschutzbeauftragten der Stadt Hilden, der IT-Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes folglich auch im Rahmen der überörtlichen Prüfung überwacht und überprüft. Darüber hinaus ist eine Zertifizierung der Datensicherheit und des Datenschutzes für Stadtverwaltungen weder vorgeschrieben noch durch die Aufsichtsbehörden gefordert (hohen Kosten). Auf eine Zertifizierung nach ISO 27001 kann daher aus Sicht der Verwaltung verzichtet werden. Im Rahmen der weiteren Arbeit der Arbeitsgruppe "Datenschutz" sowie der geplanten Bestellung eines IT-Sicherheitsbeauftragten soll auch ein IT-Sicherheitskonzept entwickelt werden. Dieses wird nach Fertigstellung dem Rat der Stadt Hilden vorgestellt.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Der Antrag wurde zurück gezogen.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 10

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
011301 Gebäudeunterhaltung 0113010010 Unterhaltung von Gebäuden 50 Personalaufwand Ansatz 2010: Amt: 26 Ansatz 2011: Ansatz 2012: Ansatz 2013: Antrag Nr. 38					0 0											
		Dafür:	Dafür:	Dafür:	4	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
		Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	4	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
		Enth.:	Enth.:	Enth.:	-	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre -

Antrag der dUH-Fraktion:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Aufrechterhaltung einer eigenen Schreinerei auf dem Bauhof wirtschaftlich vertretbar ist. Dies ist bis zur Sitzung des Personalausschusses am 10.2.2010 in einer Sitzungsvorlage darzustellen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Bei positiver Beschlussfassung über den Antrag wird die Verwaltung eine Organisationsuntersuchung durch das Sachgebiet "Organisation und Zentrale Dienste" veranlassen. Bis zur Sitzung des Personalausschusses am 10.02.10 ist dies nicht zu realisieren. Grundsätzlich ist allerdings festzustellen, dass die derzeit in der Schreinerei beschäftigten Mitarbeiter nicht kurzfristig mit anderen Aufgaben betraut bzw. auf andere Stellen umgesetzt werden können.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 12; Dagegen = 8; Enthaltungen = 0 (Abstimmung ohne Bürgermeister)

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 11

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
011301 Gebäudeunterhaltung 0113019010 Vorkostentr. Gebäudeunterhaltung 50 Personalaufwand Ansatz 2010: Amt: 26 Ansatz 2011: Ansatz 2012: Ansatz 2013: Antrag Nr. 16			0 0 1 6 1					

Änderung Folgejahre

Antrag der dUH-Fraktion:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu untersuchen, inwiefern der Bereich "Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung" durch einen externen Anbieter kostengünstiger erfolgen kann. Hierzu sind ein konkreter Leistungskatalog zu erstellen und entsprechende Angebote von externen Dienstleistern einzuholen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

siehe Anlage zu dieser Liste.

Ergebnis im Personalausschuss: siehe oben.

Ergebnis im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz: Dafür: 1; Dagegen: 7; Enthaltungen: -

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 4; Dagegen = 17; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 12

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
020101 Ordnungsbehördliche Angelegenheiten 0201010040 Fundangelegenheiten 5 Aufwendungen Ansatz 2010: 0,00 Amt: 32 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr. B05							0 0	
	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre

Antrag/Änderungsvorschlag im Rahmen des Kommunalen Bürgerhaushalts:
Das Fundbüro sollte dem Kreis Mettmann zugeordnet werden, um hier zu bündeln.

Hinweis der Verwaltung zur Anregung des Bürgers:

Die beantragte Abgabe der Aufgaben des Fundbüros an den Kreis Mettmann ist rechtlich nicht möglich. Nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches muss jede Gemeinde Fundgegenstände entgegennehmen, inventarisieren, aufbewahren und diese den Eigentümern oder Findern nach Ablauf einer sechsmonatigen Frist aushändigen oder die Fundsachen versteigern. Es bleibt der Gemeinde dabei nur überlassen, in welcher rechtlichen oder organisatorischen Form sie diese Aufgabe vor Ort wahrnimmt.

In Hilden wird diese Aufgabe durch das Bürgerbüro wahrgenommen und stellt eine Service-Leistung dar. Es ließe sich beispielsweise schwer vermitteln, dass eine Bürgerin oder ein Bürger nach Mettmann müsste, um dort im Schlüsselkasten nachzuschauen, ob der verloren gegangene Schlüssel gefunden wurde.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 13

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
02070D Diverse Ordnungsrecht 02070DIV Diverse Ktr. Ordnungsrecht 456100 Ordnungrechtliche Erträge (Bußgelder u.ä.) Ansatz 2010: 396.700,00 Amt: 32 Ansatz 2011: 396.700,00 Ansatz 2012: 396.700,00 Ansatz 2013: 396.700,00 Antrag Nr. B01							1 396.701	
	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2011-2013:

Antrag/Änderungsvorschlag im Rahmen des Kommunalen Bürgerhaushalts:

Einnahmen steigern durch konsequenteres Durchgreifen der Ordnungskräfte (Radfahren Fußgängerzone, Friedhof, Hundekot, usw.).

Mitarbeiter/-innen für den ruhenden Verkehr müssten aufgestockt werden (personalmäßig), da in den Randgebieten (speziell Weidenweg) zu wenig Präsenz gezeigt wird.

Hinweis der Verwaltung zur Anregung des Bürgers:

Die Mitarbeiter des Kommunalen Ordnungsdienstes handeln auch heute schon im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten. Das Fahrradfahren in der Fußgängerzone liegt allerdings als Sachverhalt des fließenden Verkehrs in der Zuständigkeit der Polizei. Die Sachverhalte, die das Ordnungsamt betreffen (z.B. Hundekot), werden, wenn der Verursacher feststeht, auch als Ordnungswidrigkeit geahndet. Eine höhere Kontrolldichte führt aber nicht zwangsläufig zur Feststellung und Ahndung von mehr Ordnungswidrigkeiten, sondern trägt dazu bei, diese in ihrer Anzahl zu reduzieren. Kontrolldichte und -häufigkeit bemessen sich jedoch ausschließlich an den personellen Kapazitäten.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 0; Dagegen = Einst.; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 14

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
030103 Realschulen												0				86.400
0301039010 Vorkostentr. Realschulen												0				86.400
50 Personalaufwand																
Ansatz 2010:		0,00	Amt: 51									4				4
Ansatz 2011:		0,00	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	2	Dafür:	Dafür:	Dafür:	3
Ansatz 2012:		0,00	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	2	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	1
Ansatz 2013:		0,00	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	2	Enth.:	Enth.:	Enth.:	
Antrag Nr. 53																

Änderung Folgejahre 2011-2013: jeweils 86.400,- €

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Zu Beginn des Schuljahres 2010/2011 wird in Hilden - beginnend mit dem Hildener Norden - Schulsozialarbeit als wichtige Präventivmaßnahme der Kinderförderung an Grundschulen eingeführt. Bei den in der Sitzungsvorlage WP 04-09 SV51/434 erwähnten Stellen an zwei Hildener Grundschulen handelt es sich um Erzieherinnen mit Zusatzqualifikation, die für Fördermaßnahmen eingesetzt werden und mit Ende des Schuljahres ausscheiden.

Hinweis der Verwaltung:

Der Ausschuss für Schule, Sport und Soziales hat in seiner Sitzung am 26.11.2009 einstimmig beschlossen, dass über die Ausweitung der Schulsozialarbeit an den städtischen Schulen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden wird (WP 09-14 SV 51/007). Das Produkt "Realschule" ist beispielhaft genannt. Betroffen sind auch die Produkte 030104 "Gymnasium" und 030106 "Förderschule". Benötigt würden 1,5 Vollzeitstellen Schulsozialarbeit, die Kosten in Höhe von ca. 86.400 Euro verursachen würden. Dazu kämen einmalige Kosten zur Einrichtung der Arbeitsplätze.

Ergebnis Personalausschuss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde in der Personalausschußsitzung von 1,5 auf 2,5 Stellen erhöht. Weiterhin wurde die Verwaltung vorher beauftragt den Sachverhalt zu prüfen und insbesondere die Möglichkeit einer Finanzierung durch das Land zu klären. Abstimmungsergebnis siehe oben.

Ergebnis Ausschuss für Schule und Sport:

Bündnis 90/Die Grünen: Dafür = 9; Dagegen = 1; Enthaltung = 1

Verwaltung: Dafür = 6; Dagegen = 3; Enthaltung = 2

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss zum Antrag Bündnis 90/ Die Grünen: Dafür =Einst.; Dagegen = 0; Enthaltungen = 0

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss zum Vorschlag der Verwaltung: Dafür = 10; Dagegen = 8; Enthaltungen = 3

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 15

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
040103 Kulturelle Veranstaltungen 0401030190 sonstige Veranstaltungen 5 Aufwendungen Ansatz 2010: 0,00 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr.54											9.000 9.000					
Amt: 41	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	1	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	12	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	
	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	-	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	

Änderung Folgejahre 2011-2013: +9.000,00 € (Bündnis 90/die Grünen)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Außerhalb des Hildener Sommers werden auf dem Alten Markt, im Stadtpark oder an anderen geeigneten Orten sechs weitere kostenfreie Kulturangebote für Erwachsene und Kinder durchgeführt. Ein kulturelles Angebot im öffentlichen Raum macht eine Stadt attraktiv, fördert das Interesse für Kultur und ermöglicht auch Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am kulturellen Leben. Wechselnde Standorte tragen zur Belebung der Innenstadt auch außerhalb der Mittelstraße (Alter Markt) bei. Ein gutes kostenfreies Kulturangebot steigert auch die Beliebtheit unsere Stadt als Einkaufsstadt im Umland.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mit den beantragten Mitteln wäre eine Erweiterung und Bereicherung des kulturellen Angebotes möglich.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 2; Dagegen = 19; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 16

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
040201 Kulturförderung 0402010010 Kulturpflegende Vereine 531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereic Ansatz 2010: 30.000,00 Amt: 41 Ansatz 2011: 30.000,00 Ansatz 2012: 30.000,00 Ansatz 2013: 30.000,00 Antrag Nr. 01														450 30.450 2 11 -		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre 2011 - 2013: keine Änderung

Antrag des Oratiensor Hilden e.V.:

Da uns durch die eventuell notwendige Anmietung der vorgeschriebenen Geländer pro Veranstaltung Mehrkosten von 1.500,00 € entstehen und diese zusätzlichen Kosten unsere Finanzen übersteigen, greifen wir gerne Ihren Vorschlag auf und bitten wir um eine Erhöhung unseres städtischen Zuschusses für die Saison 2009/2010 um 4.500,00 € Hinweis der Verwaltung zum Antrag des Oratiensor Hilden e.V.: Der Oratorien Chor Hilden e.V. hat sich im vergangenen Jahr an die Stadt Hilden gewandt und den Antrag gestellt, die Stadthalle mit einer entsprechenden Zahl von Podien und einer Geländersicherung auszustatten. Dieser Antrag wurde dann zuständigkeitshalber im Aufsichtsrat der Stadt Hilden Holding GmbH behandelt, weil nach der Neustrukturierung der Gesellschaft die Unterhaltung an "Dach und Fach" nicht mehr durch einen Zuschuss der Stadt Hilden, sondern aus den Erträgen der Stadt Hilden Holding GmbH finanziert wird. Dem Aufsichtsrat wurde seinerzeit mitgeteilt, dass aufgrund des abgeschlossenen Betriebsführungsvertrages die Alzer Projectmanagemt GmbH zuständig für die Bewirtschaftung des Geschäftsbetriebes der Stadthalle sei. Außerdem war zu bedenken, dass die gewünschten Ausstattungsgegenstände nur für die Veranstaltung des Oratorien Chores benötigt werden. Dieses liegt daran, dass für die Konzerte ein besonderer Aufbau auf der Bühne vorgenommen wird. Hierfür werden die vorhandenen Bühnenelemente "zusätzlich auf die Bühne" aufgebaut mit der Konsequenz, dass sie dann im Zuschauerraum nicht mehr zur Verfügung stehen. Für diese zusätzliche Bühne ist dann auch die Absicherung notwendig. Für die zusätzlichen Aufbauarbeiten fallen Arbeitsleistungen an, die durch den Veranstalter bezahlt werden müssen. Abschließend ist noch festzuhalten, dass die Hildener Stadthalle eine multifunktionell erstellte Halle ist, die aber nicht für jede Art von Veranstaltung die entsprechende Technik oder Ausrüstungsgegenstände vorhalten kann. In Kenntnis dieser Ausführungen hat sich der Aufsichtsrat gegen den Ankauf ausgesprochen. Sollte der Rat der Stadt Hilden allerdings dem Oratorien Chor "helfen" wollen, so kann dieses nur über einen höheren Zuschuss erfolgen. Bei der Entscheidung hierüber sollte aber die allgemeine finanzielle Situation bedacht werden.

Zwischenzeitlich hat der Oratorienchor seinen ursprünglichen Antrag zurückgezogen. Er bittet nunmehr darum, die Kosten von insgesamt 450,- € für die Anmietung eines Leihfahrzeuges zum Transport der vorgeschriebenen Bühnengeländer als Zuschuss zu gewähren. Der Betrag würde im Produkt Kulturförderung veranschlagt.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 4; Dagegen = 16; Enthaltungen = 1

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 17

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	d U H	Differenz neuer Ansatz	F D P	Differenz neuer Ansatz	B A	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
040201 Kulturförderung				384										2.429		
0402010010 Kulturpflegende Vereine				24.384										26.429		
531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereic																
Ansatz 2010: 24.000,00 Amt: 41				6										7		
Ansatz 2011: 24.000,00	Dafür:		Dafür:	7	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	6	Dafür:	
Ansatz 2012: 24.000,00	Dagegen:		Dagegen:	-	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	-	Dagegen:	
Ansatz 2013: 24.000,00	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	
Antrag Nr. 58																

Änderung Folgejahre 2011-2013: +2.429,00 € (Antrag)

Antrag des Rheinischen Karnevalsmuseum e.V.:

Der Antragsteller beantragt die Aufnahme in die Liste der kulturpflegenden Vereine, um für seine Arbeit einen laufenden städtischen Zusschuss zu erhalten.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag des Rheinischen Karnevalsmuseum e.V.:

Nach den geltenden Richtlinien wäre eine Aufnahme denkbar. Die Verwaltung steht dem Antrag positiv gegenüber. Mit Sitzungsvorlage Nr. WP 09-14 SV 41/011 legt die Verwaltung dem Kulturausschuss den Antrag zur Beschlussfassung vor.

Antrag der SPD-Fraktion (gestellt in der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Heimatpflege):

Die SPD-Fraktion beantragte eine Reduzierung auf den Sockelbetrag von 384,- €.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss zum Antrag der SPD: Dafür = 20; Dagegen = 0; Enthaltungen = 0 (ohne Herrn Dr. Bommermann)

Über den Antrag des Rhein. Karnevalsmuseum e.V. wurde nicht abgestimmt.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 18

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
040401 Zweckverband VHS Hilden-Haan 0404010010 Beteiligung am Zweckverband VHS Hilden-Haa 531300 Aufwendungen für Zuweisungen an Zweckverb Ansatz 2010: 518.760,00 Amt: 20 Ansatz 2011: 518.760,00 Ansatz 2012: 518.760,00 Ansatz 2013: 518.760,00 Antrag Nr. 26, 41			-43.760 475.000	-25.938 492.822				
	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2011 - 2013: -43.760,00 € (dUH); -25.938,00 € (FDP)

Antrag der dUH-Fraktion:

Der Zuschuss an den Zweckverband VHS wird auf 475.000 Euro (Produkt 040401, Jahresergebnis Zeile 26) begrenzt. Die Hildener Vertreter in der Verbandsversammlung werden angewiesen, einem höheren Zuschussbedarf ihre Zustimmung zu verweigern; dies gilt auch für Nachforderungen bzw. Nachtragshaushalte.

Antrag der FDP-Fraktion:

Die Haushaltsansätze werden pauschal um 5 % gekürzt. Das Kursangebot ist zu überprüfen im Hinblick auf die Notwendigkeit und Vielfalt der Kurse.

Hinweis der Verwaltung und Volkshochschule zu den Anträgen der FDP- und dUH-Fraktion:

Der Ansatz 2010 entspricht dem Entwurf der Haushaltssatzung des VHS-Zweckverbandes. Bis zur Verabschiedung des Haushalts wird die VHS alle Ansätze einer nochmaligen Überprüfung unterziehen. Es wird auf die Stellungnahme der Volkshochschule Hilden-Haan verwiesen (Anlage zu dieser Liste).

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss zum Antrag der dUH: Dafür = 2; Dagegen = 19; Enthaltungen = 0

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss zum Antrag der FDP: Dafür = 4; Dagegen = 17; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 19

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
040501 Betreiben einer städt. Musikschule 0405019010 Vorkostentr. Betreiben einer städtischen Musiks 5 Aufwendungen Ansatz 2010: 680.293,00 Amt: 41 Ansatz 2011: 668.780,00 Ansatz 2012: 689.142,00 Ansatz 2013: 691.258,00 Antrag Nr. 25			-80.293 600.000					
	Dafür:	Dafür:	Dafür: 1	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen: 12	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.: -	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2011: -68.780,00 €; 2012: -89.142,00 €; 2013: -91.258,00 €

Antrag der dUH-Fraktion:

Der Zuschuss an die Musikschule wird auf 600.000,00 € (Zeile 26) begrenzt. Weitere Erläuterungen siehe Antrag Nr. 25.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Im Rahmen der Änderungsliste werden von der Verwaltung Korrekturen vorgeschlagen, die den Zuschussbedarf auf insgesamt 662.592 € reduzieren. Damit liegt der Zuschussbedarf für das Haushaltsjahr 2010 lediglich um 1,3% über dem Zuschussbedarf des vergangenen Jahres. Die Analyse der Kostensituation durch den Landesverband der Musikschulen bescheinigt der Musikschule Hilden eine außergewöhnlich hohe Wirtschaftlichkeit. Die Steigerungen seit 2008 ergeben sich vorwiegend durch NKF-bedingte Vorgaben. Der Sachkostenanteil im Produkt Musikschule beträgt lediglich ca. 6%. Die Personalkosten ergeben sich durch die Musiklehrerstellen und den entsprechenden Deputaten, welche ohne Zustimmung des Rates und ohne Gegenfinanzierung seit Jahren nicht erhöht wurden. Die Personalkostensteigerungen ergeben sich allein durch die Tarifsteigerungen. Eine Reduzierung des hohen Personalkostenanteils ist durch die fest angestellten Beschäftigten nicht möglich. Durch die Honorarkräfte werden entsprechende Einnahmen erzielt. Um die geforderte Deckelung zu erreichen, müssten die Gebühren sofort um über 11% erhöht werden. Das würde jedoch sofort zu einem erheblichen Schülerrückgang führen und den Ertrag durch Gebühreneinnahmen sehr stark reduzieren. Es würde ohnehin eine Musikschule entstehen, die sich nur noch finanzstarke Eltern leisten könnten. Die gerade auch mit dem Projekt "Jeki" eingeleitete Verstärkung der Chancengleichheit würde ins Leere laufen. Aus dem Finanzplan ist zu erkennen, dass der Zuschussbedarf der Musikschule sich jährlich um ca. 1,3% erhöht und damit bereits unter den zu erwartenden Personalsteigerungsraten bleibt. Von daher ist schon jetzt eine Konsolidierung der Kosten der Musikschule gelungen.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 3; Dagegen = 17; Enthaltungen = 0 (ohne Herrn Joseph)

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 20

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
040501 Betreiben einer städt. Musikschule 0405019010 Vorkostentr. Betreiben einer städtischen Musiks 5 Aufwendungen Ansatz 2010: 1.343.358,00 Amt: 41 Ansatz 2011: 1.375.317,00 Ansatz 2012: 1.328.278,00 Ansatz 2013: 1.330.150,00 Antrag Nr. 42				-67.168 1.276.190				
	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: 3 Dagegen: 10 Enth.: -	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre 2011: -68.766,00 €; 2012: -66.414,00 €; 2013: 66.508,00 €

Antrag der FDP-Fraktion: Die Haushaltsansätze werden pauschal um 5 % gekürzt. Der derzeitige Standard soll erhalten bleiben. Eine weitere Anhebung und Erweiterung des Programms ist jedoch aus finanziellen Gründen nicht zu vertreten. Eine Notwendigkeit ist ebenfalls nicht gegeben.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion: Es bleibt unklar, ob der Antragsteller eine pauschale Kürzung der Aufwendungen oder des Zuschussbedarfs verlangt. Würden die Aufwendungen um 5% gekürzt werden, entsteht ambivalent eine Reduzierung der Erträge. Grundsätzlich bleibt festzustellen: Im Rahmen der Änderungsliste werden von der Verwaltung Korrekturen vorgeschlagen, die den Zuschussbedarf auf insgesamt 662.592 € reduzieren. Damit liegt der Zuschussbedarf für das Haushaltsjahr 2010 lediglich um 1,3% über dem Zuschussbedarf des vergangenen Jahres. Die Analyse der Kostensituation durch den Landesverband der Musikschulen bescheinigt der Musikschule Hilden eine außergewöhnlich hohe Wirtschaftlichkeit. Die Steigerungen seit 2008 ergeben sich vorwiegend durch NKF-bedingte Vorgaben. Der Sachkostenanteil im Produkt Musikschule beträgt lediglich ca. 6%. Die Personalkosten ergeben sich durch die Musiklehrerstellen und den entsprechenden Deputaten, welche ohne Zustimmung des Rates und ohne Gegenfinanzierung seit Jahren nicht erhöht wurden. Die Personalkostensteigerungen ergeben sich allein durch die Tarifsteigerungen. Eine Reduzierung des hohen Personalkostenanteils ist durch die fest angestellten Beschäftigten nicht möglich. Durch die Honorarkräfte werden entsprechende Einnahmen erzielt. Um die geforderte Reduzierung zu erreichen, müssten die Gebühren erheblich erhöht werden. Das würde jedoch sofort zu einem erheblichen Schülerrückgang führen und den Ertrag durch Gebühreneinnahmen sehr stark reduzieren. Es würde ohnehin eine Musikschule entstehen, die sich nur noch finanzstarke Eltern leisten könnten. Die gerade auch mit dem Projekt "Jeki" eingeleitete Verstärkung der Chancengleichheit würde ins Leere laufen. Aus dem Finanzplan ist zu erkennen, dass der Zuschussbedarf der Musikschule sich jährlich um ca. 1,3% erhöht und damit bereits unter den zu erwartenden Personalsteigerungsraten bleibt. Von daher ist schon jetzt eine Konsolidierung der Kosten der Musikschule gelungen.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 4; Dagegen = 17; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 21

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
040601 Betreiben einer Stadtbücherei 0406019010 Vorkostentr. Betreiben einer Stadtbücherei 5 Aufwendungen Ansatz 2010: 579.995,00 Amt: 41 Ansatz 2011: 589.462,00 Ansatz 2012: 590.250,00 Ansatz 2013: 584.686,00 Antrag Nr. 28			-29.995 550.000 Dafür: 1 Dagegen: 11 Enth.: 1					

Änderung Folgejahre 2011: -39.462,00 €; 2012: -40.250,00 €; 2013: -34.686,00 €

Antrag der dUH-Fraktion:

Das gesamte Produkt 040601 wird in Zeile 22 für den Zeitraum 2010 - 2013 im ordentlichem Ergebnis auf 550.000,00 € gedeckelt. Gegenüber dem Rechnungsergebnis 2008 steigt der Ansatz in 2010 um rund 16 % und planmäßig in 2012 um rund 18 %. Bei einem Haushaltsloch von 7,4 Mil. € (Stand 12.01.2010, gem. Aussage des Kämmers in RP), müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um im Bereich der Erträge aber auch Aufwendungen, das Produkt dauerhaft mit einem städtischen Zuschuss von max. 550 T € zu betreiben.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Der Vergleich zwischen dem Haushaltsergebnis 2008 und dem Ansatz 2010 führt zu folgenden Ergebnissen: Die größte Differenz ergibt sich im Bereich der Personalaufwendungen. Das Amt für Personalservice hat für den Ansatz 2010 andere Darstellungsweisen und Berechnungsgrundlagen als 2008 zu Grunde gelegt. 2010 werden den Personalaufwendungen erstmalig Urlaubs- und Überstundenrückstellungen (+ 27.070 €), Leistungsentgelte (+ 5.200 €) und Rückstellungen Altersteilzeit einer Mitarbeiterin (+15.000) zugerechnet. Außerdem wurde eine Tarifierhöhung in Höhe von 1% einkalkuliert. Aus diesem Grunde steigen im Vergleich der Jahre 2008 bis 2010 die Personalaufwendungen um ca. 50.000 an, obwohl der Personalstand seit vielen Jahren unverändert ist. Des Weiteren hat im Jahr 2008 kein Projekt mit finanzieller Unterstützung des Landes NRW stattgefunden. Für 2010 wurde ein Projektantrag eingereicht. Davon betroffen sind die erhöhten Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, insbesondere die Medienanschaffungen. Die Differenz des ordentlichen Ergebnisses der Jahre 2008 und 2010 ist - wie oben erläutert - hauptsächlich in einer anderen Darstellungsweise der Personalaufwendungen begründet, die auf einer anderen Berechnungsgrundlage beruht. Diese Kosten sind nicht durch die Stadtbücherei beeinflusst. Im Gegenteil hat sich der Personalbestand seit vielen Jahren nicht erhöht. Die vorhandenen Mitarbeiterinnen sind alle fest bei der Stadtverwaltung eingestellt und die Stellen sind im Stellenplan enthalten. Der Zuschussbedarf der Stadtbücherei erhöht sich, ausgehend von 2009 laut Finanzplan bis zum Jahr 2013, lediglich um 2%. Insofern ist bereits eine Deckelung der Kosten gegeben.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 4; Dagegen = 17; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 22

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
040801 Stadtarchiv Hilden 0408010010 Übernahme, Erhaltung, Erschließung, Nutzbar 529100 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen Ansatz 2010: 12.150,00 Amt: 41 Ansatz 2011: 12.150,00 Ansatz 2012: 8.650,00 Ansatz 2013: 8.650,00 Antrag Nr. 29		0 12.150	0 12.150					
	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: 4 Dagegen: 5 Enth.: 3	Dafür: 3 Dagegen: 10 Enth.: -	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre -

Antrag der dUH-Fraktion:

Der Ansatz 2010 und 2011 in Höhe von jeweils 12.150,-- € soll nur dann Bestand haben, wenn für die Restaurierung des Atlas Hautkrankheiten tatsächlich der Landeszuschuss von 4.500,-- € in Jahren 2010 und 2011 fließt. Ansonsten ist die Maßnahme in spätere Jahre zu schieben. Der Haushaltsansatz ist mit einem HV 06 zu versehen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Konservierung und Restaurierung von Sammlungs- und Kulturgut gehören zu den grundsätzlichen Aufgaben von Archiv und Museum. Dazu gehört nicht nur die Restaurierung von Büchern, sondern auch die Anschaffung von säurefreien Kartons für das Archiv, geeignetes Verpackungsmaterial, Sicherheits- und Ersatzverfilmung etc. Diese Maßnahmen sind keine einmaligen Aktionen, sondern müssen kontinuierlich durchgeführt werden, um Kulturgut dauerhaft zu erhalten. Daher wird seit Jahren diese Bestands- und Sammlungspflege mit annähernd gleichbleibendem Budget betrieben. Der Ansatz für 2010 ist gegenüber den Vorjahren unverändert. Es wurden für die Restaurierung des Atlas der Hautkrankheiten ein Landeszuschuss in Höhe von 4.500 € beantragt. Seitens des Landes erfolgt in der Regel eine 50% Förderung. Der Eigenanteil der Stadt wurde nicht zusätzlich ins Budget aufgenommen, sondern aus dem regulären Budget vorgesehen. Die Maßnahme ist mit einem HV 01 zu versehen.

Sollten die beantragten Landesmittel wider Erwarten nicht fließen, würde diese Maßnahme in ein späteres Jahr geschoben. In diesem Fall sind die Eigenmittel jedoch zwingend erforderlich, um andere mittelfristig notwendige Maßnahmen durchzuführen, die nicht bezuschussungsfähig sind und in 2010 zugunsten des Atlas der Hautkrankheiten zurückgestellt wurden. Anderenfalls droht die Gefahr, dass ein Maßnahmenstau entsteht, der in den Folgejahren zwangsläufig zu Engpässen führen würde.

Antrag der SPD-Fraktion (gestellt in der Sitzung des Ausschusses für Kultur und Heimatpflege):

Die SPD-Fraktion hat die letzten 4 Zeilen der Erläuterungen der Verwaltung - beginnend mit "Die Maßnahme ist mit einem HV 01 zu versehen...." - zum Antrag erhoben.

Abstimmungsergebnis: Dafür: 4 Dagegen: 5 Enthaltungen: 3

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss zum Antrag der SPD: Dafür = 12; Dagegen = 9; Enthaltungen = 0

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss zum Antrag der dUH: Dafür = 2; Dagegen = 19; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 23

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
050301 Hilfe zum Lebensunterhalt (nach SGB XII) 0503013000 Zuschüsse (z.B. Kriegsopfer, Schuldnerberatun 531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereic Ansatz 2010: 67.200,00 Amt: 50 Ansatz 2011: 67.200,00 Ansatz 2012: 47.200,00 Ansatz 2013: 47.200,00 Antrag Nr. 20					-20.000 47.200											
	Dafür:		Dafür:		Dafür: 1	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen: 10	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:		Enth.:		Enth.: -	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2011: -20.000,00 €

Antrag der dUH-Fraktion:

Mit SV 50/082 wurde am 10.06.2009 im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales ein Präventionsprojekt zur Schuldenvorbeugung für Kinder und Jugendliche vorgestellt, über deren Durchführung in den Haushaltsplanberatungen 2010 entschieden werden soll. Das Projekt ist sicherlich wünschenswert, kostet aber 20.000,00 €. Angesichts eines Haushaltsloches von 7,4 Mil. € (Stand 12.01.2010, Bericht RP) ist auf das Projekt zu verzichten.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Der zwischen der Stadt Hilden und dem SKFM bestehende Kontrakt zur Schuldnerberatung beinhaltet auch eine Präventionsarbeit, die sich allerdings lediglich auf einzelne Informationsveranstaltungen bezieht. Mit dem Präventions- und Aufklärungsprojekt zur Vermeidung von Überschuldung junger Menschen in Hilden soll die individuelle Finanzkompetenz der Kinder und Jugendlichen gestärkt und erweitert werden und eine Verhaltensänderung erreicht werden. Diese Präventionsarbeit kann dazu beitragen, rechtzeitig Überschuldungssituationen zu verhindern, die u.a. durch Unerfahrenheit in Geldgeschäften, in der Haushaltsplanung oder auch durch unbewusste bzw. unbedachte Konsumententscheidungen, Selbstüberschätzung sowie Manipulation durch Medien begünstigt werden. Eine gute Präventionsarbeit ersetzt zu einem späteren Zeitpunkt die Schuldnerberatung. Mit SV 50/082 wurde das Präventionsprojekt im Bereich der Schuldnerberatung in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales am 10.6.2009 ausführlich dargestellt.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 2; Dagegen = 19; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 24

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
050301 Hilfe zum Lebensunterhalt (nach SGB XII) 0503019010 Vorkostentr. Hilfe zum Lebensunterhalt (nach S 527910 Aufwendungen für Verbrauchsmaterial Ansatz 2010: 1.500,00 Amt: 50 Ansatz 2011: 1.500,00 Ansatz 2012: 1.500,00 Ansatz 2013: 1.500,00 Antrag Nr. 55						0 1.500 siehe unten		

Änderung Folgejahre -

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Der Kreis der Berechtigten für den ItterPass wird ausgeweitet. Zukünftig können alle einen ItterPass beantragen können, deren Einkommen nicht mehr als 10% über dem der bisher berechtigten Personen liegt. Die Verwaltung erarbeitet ein entsprechendes Konzept und stellt dieses dem Fachausschuss vor. Der ItterPass hat sich bewährt. Viele Bürgerinnen und Bürger ohne Leistungsbezug verfügen über ein ähnlich geringes Einkommen und können nur bedingt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Der ItterPass ist ein wichtiger Beitrag, Chancengleichheit zu fördern.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Mit der Vorlage WP 09-14 SV 50/008 hatte die Verwaltung in der Sozialausschusssitzung am 30.11.2009 den aktuellen Sachstand zum ItterPass dargestellt. Augenblicklich ist die Situation so, dass für den derzeitigen Berechtigtenkreis (Personen mit Bezug von Leistungen nach dem AsylbLG, Personen mit Bezug von Leistungen nach dem 3. und 4. Kapitel SGB XII und nach dem SGB II) bis zum Jahresschluss 2009 rd. 2.100 ItterPässe ausgegeben wurden, davon rd. 1.200 ItterPässe für Personen mit Leistungen nach dem SGB II; hier wird der ItterPass auf Antrag ausgestellt. Aus personeller Sicht ist derzeit für die Ausstellung der ItterPässe eine Mitarbeiterin (Beamtin m.D.) mit 2 Stunden pro Woche abgestellt worden. Sie bearbeitet rd. 100 ItterPass-Anträge pro Monat, was Personalkosten in Höhe von ca. 2.400 Euro pro Jahr verursacht. Eine Ausweitung des Berechtigtenkreises, wie in dem Antrag dargestellt, würde auf jeden Fall eine Erhöhung der Personalkosten bedeuten. Es ist vorab nicht quantifizierbar, wie viele Antragsteller dem neuen Berechtigtenkreis angehören und wie viele Einkommens-Berechnungen erforderlich werden. Bisher entfiel eine Einkommensberechnung, da diese Tätigkeit bereits im Vorfeld für die Ermittlung der o.a. unterschiedlichen Leistungen erfolgt ist. Vergleichsweise kann hier die Antragstellung für den Wohngeld-Bezug herangezogen werden. Im Jahr 2009 konnten 1.776 Wohngeld-Berechnungen registriert werden. Bei einem vorgegebenen Personalschlüssel von 1:700 bedeutet dies einen Personalbedarf von rd. 2,5 Stellen. Vorsichtig geschätzt, ist bei einer Ausweitung des vorhandenen Berechtigtenkreises für den ItterPass entsprechend dem vorliegenden Antrag von einem Personalbedarf von mindestens einer Vollzeitstelle auszugehen, mit zusätzlichen jährlichen Kosten von rd. 48.000 €.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde im Sozialausschuss zurückgezogen. Alternativ wurde durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgender Antrag gestellt: Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der Kreis der Berechtigten für den Itterpass ohne eine zusätzliche Einkommensprüfung ausgeweitet werden kann.

Abstimmungsergebnis: 8 dafür, 3 dagegen, 0 Enthaltungen
 Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 13; Dagegen = 8; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 25

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
050401 Rentenberatung 0504019010 Vorkostentr. Rentenberatung 50 Personalaufwand Ansatz 2010: Amt: 50 Ansatz 2011: Ansatz 2012: Ansatz 2013: Antrag Nr. 30			0 0					
	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: siehe Dagegen: Enth.: unten -	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre -

Antrag der dUH-Fraktion: Die Rentenberatung (Produkt 050401) wird auf das gesetzlich vorgeschriebene Maß (Entgegennahme der Anträge, Vollständigkeitsprüfung, Weiterleitung an Versicherungsträger bei der Sachverhaltsaufklärung und Anforderung von Beweismitteln) beschränkt. Die hierfür angesetzte Stelle wird gestrichen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion: Die Rentenberatung und die Antragsannahme ist eine freiwillige Leistung der Stadt Hilden, die jedoch sehr gut angenommen wird. Anhand der nachfolgenden Tabelle ist die Aufgabenentwicklung der Rentenberatungsstelle ersichtlich:

	2005	2006	2007	2008
Rentenanträge	763	493	605	554
Kontenklärung	383	270	326	278
Schriftverkehr	210	222	349	342
Auskünfte etc.	1146	963	931	942

Ab dem 1.4.2006 bietet die Deutsche Rentenversicherung Bund täglich Sprechstunden im Rathaus an. Auch dort werden Bürgerinnen und Bürger nach Terminvereinbarung beraten und es erfolgt eine gemeinsame Antragsaufnahme. Auf einen Termin wartet man ca. 3 Wochen. Da für einen Termin ca. 20 Minuten vorgesehen wird, kommt es durchaus vor, dass für einen vollständigen Rentenanspruch ein zweiter Termin notwendig wird. Im Amt für Soziales und Integration wird ein Termin i.d.R. innerhalb einer Woche vergeben. Die vollständige Antragsannahme erfolgt während dieses einen Termins. Bis zum 30.6.2009 wurde diese Aufgabe von 1,2 VZK wahrgenommen. Die Neubesetzung erfolgte mit 0,769 Stellenanteilen; darin enthalten ist die Verwaltung der Übergangsheime mit ca. 0,3 VZK, so dass für Rentenstelle ein Rest von 0,46 VZK verbleibt. Damit erfolgte bereits eine Reduzierung um 0,74 Stellenanteile; eine weitere Reduzierung zum jetzigen Zeitpunkt ist aus Sicht der Verwaltung bürgerunfreundlich.

Ergebnis der Beratung im Personalausschuss: 2 dafür, 6 dagegen, 0 Enthaltungen

Ergebnis der Beratung im Sozialausschuss: 1 dafür, 9 dagegen, 1 Enthaltungen

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 4; Dagegen = 17; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 26

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
060101 Förderung von Kindern im Alter von 0 bis 6 0601010030 Förderung von Kindern in städt. Tageseinrichtu 433110 Elternbeiträge Ansatz 2010: 1.411.000,00 Amt: 51 Ansatz 2011: 1.411.000,00 Ansatz 2012: 1.411.000,00 Ansatz 2013: 1.411.000,00 Antrag Nr. 39		-166.700 1.244.300						
	Dafür:	Dafür: 9	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen: 6	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.: -	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2011-2013: -400.000,00 €

Antrag der SPD-Fraktion:

Die SPD-Fraktion beantragt, für das letzte Regelkindergartenjahr keine Elternbeiträge mehr zu erheben. Die Verwaltung wird gebeten, die Höhe der Einnahmeausfälle zu berechnen und den Ansatz für 2010 im Haushalt anzupassen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der SPD-Fraktion:

Die Satzung der Stadt Hilden über die Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder in der Fassung vom 01.08.2009 berücksichtigt bei der Festsetzung der Elternbeiträge eine soziale Staffelung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Eltern sowie die Betreuungszeiten (25 - 35 - 45 Stunden). Neben der sozialen Staffelung in Form von 6 Bruttojahreseinkommensstufen (bis 25.000 Euro Bruttojahreseinkommen wird kein Elternbeitrag erhoben) ist eine Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder vorgesehen, die den Besuch der Offenen Ganztagschule und die Inanspruchnahme von Tagespflege einbezieht. Darüber hinaus ist auf Antrag der Erlass des Elternbeitrages und außerdem eine Ermäßigung des Beitrages für den Mittagstisch (20 € pro Kind) vorgesehen. Das Elternbeitragsaufkommen für die Altersgruppe der 3 - 6jährigen beträgt in 2010 ca. 1.199.600 Euro. Im Falle eines Verzichts auf Beitragserhebung im letzten Kindergartenjahr ist mit einem Einnahmeausfall in Höhe von ca. 400.000 Euro / Jahr auszugehen. Bei einem Verzicht auf Erhebung von Elternbeiträgen für das letzte Regelkindergartenjahr mit Beginn des Kindergartenjahres 2010 / 2011 (d.h. ab 01.08.2010) würde der Einnahmeausfall in 2010 ca. 166.700 Euro betragen.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 8; Dagegen = 12; Enthaltungen = 1

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 27

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
070102 Maßnahmen der Gesundheitsförderung 0701020010 Beteiligung SPE-Mühle 531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereic Ansatz 2010: 0,00 Amt: 51 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr. 18			0 0 1 7 0					

Änderung Folgejahre

Antrag der dUH-Fraktion:

Der Bürgermeister wird beauftragt, zeitnah ein Konzept vorzulegen, wie die Zuschüsse an die SPE Mühle und die Freizeitgemeinschaft mittelfristig gesenkt werden können.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Der Zusammenschluss der SPE Mühle und der FZG wurde aufgrund eines Antrages der CDU-Fraktion v.14.3.2003 bereits in der Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Soziales am 8.12.2003 (SV-Nr. 50/48) behandelt. Danach war die Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit bei beiden Vorständen vorhanden. Allerdings sollte aus nachvollziehbaren Gründen die Eigenständigkeit der historisch gewachsenen und im sozialen Netzwerk der Stadt Hilden fest verankerten Vereine unbedingt erhalten bleiben. Eine Konzentration der Zusammenarbeit war primär im Geschäfts- und Verwaltungsbereich denkbar. Da der Geschäftsführer der FZG einen Antrag auf Gewährung von Altersteilzeit gestellt hatte, sollte frühestens im Jahre 2006 eine gemeinsame Geschäftsführung in Person des Geschäftsführers der SPE Mühle möglich werden. Da der Antrag auf Altersteilzeit jedoch zurückgezogen wurde, wurde eine Kooperation nicht weiter verfolgt. Beide Geschäftsführer gehen im Laufe des Jahres 2012 in Rente. Es ist mit beiden Einrichtungen vereinbart worden, dass im laufenden Jahr mit der Verwaltung erste Gespräche zur Umstrukturierung geführt werden. Ein Zwischenbericht könnte dann in der Sitzung des Sozialausschusses am 25.11.2010 vorgelegt werden.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Der Antrag wurde zurück gezogen.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 28

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
080102 Bau und Betrieb von Sportanlagen 0801020010 Planung/Bau von Sportaußenanlagen 529100 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen Ansatz 2010: 0,00 Amt: 66 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr. 06, 48				200.000 200.000	40.000 40.000			
	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre 2011-2013: keine Änderungen

Antrag der BA-Fraktion:

In dieser Teilposition sind Planungskosten für eine Baseball-Anlage einzustellen. Die Errichtung soll möglichst über eine städtische GmbH erfolgen.

Antrag der FDP-Fraktion:

Zur Errichtung einer Sportanlage für den Baseballverein "Hilden Wains" sind 200.000,00 € in Ansatz zu bringen. Dem Sportverein wurde eine Ersatzsportanlage zugesagt, da er auf Grund der Verlegung eines Kunstrasens auf der Sportanlage "Am Kalstert" dort nicht mehr Baseball betreiben konnte.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Es wird auf den Beschluss des STEA vom 19.1.10 verwiesen. Wenn dieser realisiert wird ist kein Raum für die Einstellung von Haushaltsmitteln, da es dann eine private Maßnahme zwischen einer GmbH und dem Verein ist. Von Seiten der Stadt sind dann auch keine Planungsleistungen zu erbringen. Auch bei der bisher geplanten Baseballanlage im Hildener Westen hat die Stadt keine Objektplanungsleistungen erbracht. Wenn aber, aus welchen Gründen auch immer, die Stadt doch eine Objektplanung erstellen soll, so sind die Mittel nicht Ergebnishaushalt, sondern im Finanzhaushalt zu veranschlagen, da die Planung ein Teil der Gesamt(bau)kosten ist.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der FDP-Fraktion:

Es wird auf den Beschluss des STEA vom 19.1.10 verwiesen. Wenn dieser realisiert wird ist kein Raum für die Einstellung von Haushaltsmitteln, da es dann eine private Maßnahme zwischen einer GmbH und dem Verein ist. Im städtischen Haushalt sind dann keine Mittel zu etatisieren. Wenn aber, aus welchen Gründen auch immer, die Anlage doch von der Stadt errichtet werden soll, so reichen hierzu die angegebenen 200.000 € bei weitem nicht aus (siehe Unterlagen der Verwaltung in o.a. STEA).

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss zum Antrag der FDP: Dafür = 2; Dagegen = 17; Enthaltungen = 2

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss zum Antrag der BA: Dafür = 4; Dagegen = 17; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 29

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
090101 Stadtplanung 0901010010 Stadtentwicklungsplanung 529100 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen Ansatz 2010: 32.000,00 Amt: 61 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr. 07					0 32.000 11 8 -			

Änderung Folgejahre 2011-2013: keine Änderung

Antrag der BA-Fraktion:

Die Aufwendungen für den städtebaulichen Wettbewerb in Höhe von 32.500 € erhalten den HV 6-Vermerk. Die Freigabe der Mittel soll an die weiteren Beratungen im Fachausschuss geknüpft werden.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 13; Dagegen = 8; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 30

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
090101 Stadtplanung 0901010010 Stadtentwicklungsplanung 549610 Aufwend. f. Projekte u. Förderpreise Ansatz 2010: 50.000,00 Amt: 61 Ansatz 2011: Ansatz 2012: Ansatz 2013: Antrag Nr. 08					0 50.000 11 8 -			

Änderung Folgejahre 2011-2013: keine Änderung

Antrag der BA-Fraktion:

Die Aufwendungen für das Preisgeld und die Ankaufskosten in Höhe von 50.000 € erhalten den HV 6-Vermerk. Die Freigabe der Mittel soll an die weiteren Beratungen im Fachausschuss geknüpft werden.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 13; Dagegen = 8; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 31

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
100801 Hilfen für Wohnungslose 1008011000 Hilfen für Obdachlose/Controlling SPE-Mühle 531840 Zuschüsse SPE-Mühle Ansatz 2010: 411.055,00 Amt: 50 Ansatz 2011: 411.055,00 Ansatz 2012: 411.055,00 Ansatz 2013: 411.055,00 Antrag Nr. 33			0 411.055					
	Dafür:	Dafür:	Dafür: 1	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen: 8	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.: 0	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre

Antrag der dUH-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der SPE Mühle in Verhandlungen darüber einzutreten, dass der Kontrakt dahingehend abgeändert wird, dass sich das Entgelt für die Obdachlosenbetreuung nach der Anzahl der zu betreuenden Personen richtet.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Der Rat der Stadt Hilden hat in seiner Sitzung am 10.12.2003 einstimmig dem Abschluss einer Vereinbarung mit der SPE Mühle über die Durchführung der Obdachlosenbetreuung in Hilden zugestimmt. Danach erhält die SPE Mühle für die vorbeugende und nachgehende Obdachlosenarbeit, der Betreuung von Obdachlosen, der allg, Sozialberatung, der Betreuung von Personen in besonderen Wohnformen und der allgemeinen Erziehungshilfe einen Betrag von 277.000 €, der aufgrund vertraglicher Indexanpassung auf 304.815 € erhöht wurde. Daneben werden mit 106.115 € die Geschäftsführung, die Sekretärin, der Zivildienst, Buskosten zum Abholen der Kinder sowie Teile der Hausmeister- und Reinigungskraft bezuschusst. Dieser Anteil ist seinerzeit nicht kontraktiert worden. Mit den Überlegungen zur Kooperation der FZG und der SPE Mühle (s. Antrag Nr. 18) wird der Umfang der Leistungen überprüft werden. Diese werden dann dem vorhandenen Kontrakt zugeschlagen oder separat kontraktiert werden. Ein Entgelt für die Obdachlosenbetreuung, welches sich nach der Anzahl der untergebrachten Personen bemisst, würde die weitergehende Obdachlosenarbeit und die gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge nicht berücksichtigen.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Der Antrag wurde zurück gezogen.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 32

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
100801 Hilfen für Wohnungslose 1008014000 Verw./Betr. Unterkünfte/Einricht.Aussiedler/ausl 581104 Aufwendungen für ILV - Mieten Ansatz 2010: 298.418,00 Amt: 50 Ansatz 2011: 298.418,00 Ansatz 2012: 298.418,00 Ansatz 2013: 298.418,00 Antrag Nr. 34					0 298.418											
		Dafür:		Dafür:	Dafür:	1	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
		Dagegen:		Dagegen:	Dagegen:	10	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
		Enth.:		Enth.:	Enth.:	0	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre -

Antrag der dUH-Fraktion:

Mindestens ein Übergangsheim wird ersatzlos aufgegeben. Soweit der gemeinsamen Unterbringung von Aussiedlern, ausländischen Flüchtlingen und Obdachlosen eine entsprechende Widmung entgegensteht, ist diese aufzuheben.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Wie bereits in der Sitzung des Sozialausschusses am 30.11.2009 mit der SV Nr. 050/03 ausgeführt wurde, wird nach erfolgter Sanierung des Hauses Forststr. ein Übergangsheim aufgegeben.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Der Antrag wird durch die dUH als erledigt betrachtet.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 33

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
100801 Hilfen für Wohnungslose 1008019010 Vorkostentr. Hilfen für Wohnungslose 50 Personalaufwand Ansatz 2010: Amt: 50 Ansatz 2011: Ansatz 2012: Ansatz 2013: Antrag Nr. 32			0 0					
	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: siehe Dagegen: unten Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre -

Antrag der dUH-Fraktion:

Im Produkt 100801 a) werden zwei Stellen "Hausmeister" gestrichen b) wird eine weitere Stelle in den KOD überführt.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Die Dreisatzrechnung wird seitens der Verwaltung nicht angezweifelt. Übersehen wurde jedoch, dass die Häuser Hans-Sachs-Str. und Forststr. große Übergangsheime sind und diese, aufgrund der Belegungszahlen, einen höheren Bedarf an Hausmeistern haben. Der Bedarf an Nachthausmeistern ist nach wie vor gegeben. Durch den nächtlichen Einsatz werden Konfliktsituationen in und um die Häuser vermieden. Dass die Stellen nicht besetzt sind liegt allein daran, dass geeignete Bewerber nicht gefunden wurden. Die nächtlichen Kontrollen erfolgen nun über eine Überstundenregelung durch 2 Mitarbeiter. In der Sitzung des Sozialausschusses am 30.11.2009, SV Nr. 050/03 wurde über die Unterbringungssituation berichtet. Nach erfolgter Sanierung des Übergangsheimes Forststr. wird die Hans-Sachs-Str. aufgegeben werden. Dann wird die Hausmeistersituation im Jahr 2010 entsprechend der Aufgabe einzelner Häuser neu geregelt werden; aus diesem Grund ist auch ein Hausmeister nur befristet eingestellt worden, ein weiterer Hausmeister scheidet zum 1.9.2010 aus.

Ergebnis Personalausschuss: Der Antrag wurde zurück gestellt in den Personalausschuss Herbst 2010.

Ergebnis Sozialausschuss: Der Antrag wurde zurück gestellt in den Personalausschuss Herbst 2010.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Der Antrag wurde zurück gestellt in den Personalausschuss Herbst 2010.

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 34

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
120101 Verkehrsflächen und Brücken 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen 521151 Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze, Brück Ansatz 2010: 799.000,00 Amt: 66 Ansatz 2011: 928.500,00 Ansatz 2012: 977.500,00 Ansatz 2013: 837.500,00 Antrag Nr. 12									0 799.000							
	Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:		Dafür:	3	Dafür:		Dafür:		Dafür:	
	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	5	Dagegen:		Dagegen:		Dagegen:	
	Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:		Enth.:	-	Enth.:		Enth.:		Enth.:	

Änderung Folgejahre 2011-2013: keine Änderungen

Antrag der BA-Fraktion:

Die Aufwendungen für die „Sanierung problematischer Straßenbaumstandorte“ in Höhe von 47.500 € erhalten den HV 6-Vermerk. Die Freigabe der Mittel erfolgt durch den Fachausschuss.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Dies ist eine politische Entscheidung. Alle fachlichen Unterlagen wurden mit der SV 66/008 dem UKS im Dezember 2009 in seiner Sitzung berichtet. Die Zielrichtung der Verwaltung ist es, unter Beachtung des Umweltschutzes den Instandhaltungsaufwand zu minimieren. Dieses Ziel entspricht auch dem Änderungsantrag Nr. 2 der BA zum Haushalt 2010 verfolgten Ziel der Ausgabenreduzierung (s. Antrag Pkte 2a+b, 3a+d).

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 6; Dagegen = 13; Enthaltungen = 2

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 35

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
120101 Verkehrsflächen und Brücken 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen 521151 Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze, Brück Ansatz 2010: 799.000,00 Amt: 66 Ansatz 2011: Ansatz 2012: Ansatz 2013: Antrag Nr. 13					0 799.000 2 17 -			50.000 849.000 einst. - -

Änderung Folgejahre keine Änderungen

Antrag der BA-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, in einem Konzept darzulegen, mit welchen absehbar steigenden Aufwendungen sie bis 2013 rechnet und wie diese finanziert werden sollen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der BA-Fraktion:

Unter der Rubrik "künftige Entwicklung" zur Beschreibung des Produktes 120101 hat die Verwaltung die von der BA-Fraktion in der Begründung genannten Aussagen getätigt. Diese sind fachlich nachvollziehbar belegt über Auswertungen des Straßenzustandskatasters. Mit einem Auswertungsprogramm wurde dort auf a.u. betriebswirtschaftlichen Grundlagen der Finanzmittelbedarf für die Straßeninstandhaltung für die nächsten 10 Jahre ermittelt. Mit der SV 66-117 wurde dem STEA am 5.12.2007 umfassend darüber berichtet. Dazu gehörte auch die Darstellung des aus der Vergangenheit aufgelaufenen sowie des zukünftigen Bedarfes. Die dort ermittelten Beträge konnten aber bisher in der Gesamthaushaltsbetrachtung nicht zur Verfügung gestellt werden.

Hinweis der Verwaltung in eigener Sache.

Auf grund der langen und starken Frostperiode sind sehr viele Straßenschäden zu beseitigen, die aus dem lfd. Etat nicht finanziert werden können. Von daher sind zusätzliche Mittel von 50.000,- € hierfür in 2010 vorgesehen.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss zum Antrag der BA: Der Antrag wird als erledigt betrachtet.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss zum Vorschlag der Verwaltung: Dafür = Einst.; Dagegen = 0; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 36

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
120101 Verkehrsflächen und Brücken 1201010010 Verkehrsflächen und Verkehrseinrichtungen 520250 Strom Ansatz 2010: 16.500,00 Amt: 66 Ansatz 2011: 16.500,00 Ansatz 2012: 16.500,00 Ansatz 2013: 16.500,00 Antrag Nr. B03	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	0 16.500 - einst. -	Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre unbekannt

Antrag/Änderungsvorschlag im Rahmen des Kommunalen Bürgerhaushalts:
Ausschalten der Ampelanlagen in den Nachtstunden.

Hinweis der Verwaltung zur Anregung des Bürgers:

Auch wenn es von Verkehrsteilnehmern oft anders empfunden wird, so sind Ampeln vorrangig ein Instrument der Verkehrssicherheit. Eine Abschaltung von Ampeln in den Nachtstunden kommt daher nur in Betracht, wenn dies voraussichtlich keine negativen Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit hat. Unter diesem Gesichtspunkt sind alle Anlagen in Hilden in der Vergangenheit schon einzeln überprüft worden. Alle abschaltbaren Ampeln werden auch entsprechend geschaltet. Weitere Abschaltpotentiale sind derzeit nicht erkennbar. Als Anlage ist eine Übersichtsliste über die Ampeln mit und ohne Nachtabschaltung beigelegt.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 0; Dagegen = Einst.; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 37

Produkt	C D U	Differenz neuer Ansatz	S P D	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
120105 Straßenreinigung und Winterdienst 1201059010 Vorkostentr. Straßenreinigung und Winterdienst 5 Aufwendungen Ansatz 2010: 0,00 Amt: 68 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr. B04														0 0		
		Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	einst.	Dafür:	
		Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	-	Dagegen:	
		Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	-	Enth.:	

Änderung Folgejahre unbekannt

Antrag/Änderungsvorschlag im Rahmen des Kommunalen Bürgerhaushalts:
Verbesserung des Winterdienstes, bessere Räumung der Hauptverkehrsstraßen.

Hinweis der Verwaltung zur Anregung des Bürgers:

Der Vorschlag ist sehr allgemein gehalten. Die Hauptverkehrsstraßen waren in einem verkehrssicheren Zustand, sofern die Fahrzeuge mit Winterausrüstung versehen waren und die Verkehrsteilnehmer mit angepaßter Fahrweise unterwegs waren. Das größte Problem in den zurückliegenden Monaten war der bundesweite Salzmangel. Der Zentrale Bauhof hat hierzu einen Vorschlag zur Erweiterung der Lagerkapazitäten zum Haushalt 2010 erarbeitet.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = Einst.; Dagegen = 0; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 38

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
140101 Umweltschutz 1401019010 Vorkostentr. Umweltschutz 5 Aufwendungen Ansatz 2010: 0,00 Amt: 66 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr. 56						0 0 5 3 -	 	

Änderung Folgejahre unbekannt

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung nimmt Kontakt zur Verbraucherberatung NRW mit dem Ziel auf, zusätzliche Gebäude- und Energieberatung für Hildener Bürgerinnen und Bürger wie z. B. Feuchtediagnose, Solarstromcheck, Gebäudegutachten anzubieten. Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz ist es, Gebäude energetisch zu optimieren. Viele Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine unabhängige Beratung. Die Ratsuchenden sollen - zugeschnitten auf ihren Bedarf - über innovative Heiztechnik und über eine optimale Gebäudesanierung (Dämmung, Dach, Fenster) informiert werden.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verbraucherzentrale bietet für alle Bürgerinnen und Bürger in NRW umfassende Beratungsleistungen u.a. zu Gebäude- und Energieberatungen an. Dazu gehören auch die im Antrag genannten Beratungsleistungen. Insofern bedarf es keiner zusätzlichen Kontaktaufnahme durch die Verwaltung, da die im Antrag genannte Dienstleistung bereits angeboten wird. Einen Überblick über die Beratungsleistungen bietet www.vz-nrw.de. Die Energieberatungsleistungen werden in den Beratungsstellen und zu Hause angeboten. Die nächstgelegenen Beratungsstellen sind Düsseldorf, Solingen und Langenfeld. Die Beratung in den Geschäftsstellen kostet 5 € und die Beratung zu Hause 60 € für 1,5 Std. Neben diesem Informationsangebot wäre die Möglichkeit einer persönlichen Beratung eine sinnvolle Ergänzung. Hier bietet sich für Kommunen die keine eigene Energieberatungsstelle haben das Modell der Energieberatungsstützpunkte der Verbraucherzentrale an. Diese informieren unabhängig über Energiesparen, baulichen Wärmeschutz, Heiztechnik sowie Einsatz und Fördermöglichkeiten erneuerbarer Energien in privaten Wohngebäuden. Bei diesem Modell stellt die Gemeinde zu festen Beratungszeiten Räumlichkeiten im Rathaus zur Verfügung. Weiterhin übernimmt die Kommune die Bekanntmachung des Angebotes sowie die Veröffentlichung einer Telefonnummer zur Terminvergabe und die Terminvereinbarung.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = Einst.; Dagegen = 0; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 39

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
150404 Städt. Beteiligungen an Unternehmen 1504040010 Städtische Beteiligungen 4 Erträge Amt: 20 Ansatz 2010: 0,00 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr. 17	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	0 0	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:	Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre keine Änderung

Antrag der dUH-Fraktion:

Die Beteiligung am Gemeinnützigen Bauverein Hilden e.G. ist zu verkaufen.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

Die Stadt Hilden ist am Gemeinnützigen Bauverein Hilden e.G. seit dem Jahre 1920 beteiligt.

Natürlich besteht die Möglichkeit, diese Mitgliedschaft zu kündigen. Eine Kündigung ist jeweils zum Jahresende, also zum 31.12.2010 möglich. Hieran schließt sich eine zweijährige Kündigungsfrist an und die nächste Mitgliederversammlung muss dieses ebenfalls bestätigen, so dass frühestens Mitte 2013 die Kündigung wirksam ist und der Anteil ausgezahlt werden kann. Der Hildener Anteil beläuft sich auf 9.300,- Euro.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 2; Dagegen = 19; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 40

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
150404 Städt. Beteiligungen an Unternehmen 1504040010 Städtische Beteiligungen 50 Personalaufwand Ansatz 2010: 0,00 Amt: 20 Ansatz 2011: 0,00 Ansatz 2012: 0,00 Ansatz 2013: 0,00 Antrag Nr. 52						20.000 20.000 1 7 -		

Änderung Folgejahre 2011-2013: +30.000,00 € (Bündnis 90/Die Grünen)

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Im Rechnungsprüfungsausschuss war das unzureichende Beteiligungsmanagement schon mehrfach Thema. Das Beteiligungsmanagement soll die Gesellschaften der Stadt Hilden begleiten und die Umsetzung der Beschlüsse des AR und der Gesellschafterversammlung überwachen. Dies ist mit dem vorhandenen Personal nicht zu leisten. Daher wird eine halbe Stelle neu eingerichtet.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen:

Aus Berichten des Rechnungsprüfungsamtes zum Thema "Beteiligungen" geht hervor, dass das Rechnungsprüfungsamt eine Beteiligungsverwaltung ganz anders aufgestellt sehen möchte, als dieses in der Vergangenheit vom Amt für Finanzservice erledigt wurde. Die Themen wurden dann auch im Rechnungsprüfungsausschuss eingehend diskutiert. Letztendlich hat der Rat die Berichte dann auch zu Kenntnis genommen. Es wurden in diesem Zusammenhang keine Anträge etc. gestellt, dass das gesamte Thema anders bzw. erweitert durch die Verwaltung erledigt werden sollte. Die Verwaltung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, dass mit dem Haushaltsplan und dem Beteiligungsbericht, mit dem kommenden NKF-Gesamtabschluss, mit der Besetzung der Aufsichtsräte und ggf. der Gesellschafterversammlungen mit Mitgliedern des Rates und der Verwaltung und die sehr enge Anbindung der Geschäftsführungen an die Stadt Hilden hinreichende Instrumente bestehen um die Beteiligungen zu steuern und zu kontrollieren. Daneben werden alle Tochterunternehmen durch externe Wirtschaftsprüfer geprüft und das RPA hat die Möglichkeit der Kassen-, Buch- und Belegprüfung.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 2; Dagegen = 19; Enthaltungen = 0

Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Seite 41

Produkt	C D U Differenz neuer Ansatz	S P D Differenz neuer Ansatz	dUH Differenz neuer Ansatz	FDP Differenz neuer Ansatz	BA Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg. Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung Differenz neuer Ansatz
160101 Zahlungsströme der allg. Finanzwirtschaft 1601010060 Hundesteuer 403200 Hundesteuer Ansatz 2010: 206.000,00 Amt: 20 Ansatz 2011: 225.000,00 Ansatz 2012: 226.000,00 Ansatz 2013: 227.000,00 Antrag Nr. B02							1 206.001	
	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:	Dafür:
	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:	Dagegen:
	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:	Enth.:

Änderung Folgejahre 2011-2013: +1,00 €

Antrag/Änderungsvorschlag im Rahmen des Kommunalen Bürgerhaushalts:
Erhöhung der Hundesteuer. (Anm. d. Verw.: Dieser Vorschlag wurde insgesamt fünf mal eingereicht)

Hinweis der Verwaltung zu den "Bürgeranträgen":
Eine Erhöhung der Hundesteuer um 1,- € je Jahr würde Steuermehreinnahmen von rd. 2.500,- € je Jahr nach sich ziehen.

Ergebnis im Haupt- und Finanzausschuss: Dafür = 0; Dagegen = Einst.; Enthaltungen = 0